Humanistische Union

Aufruf zur Gründung einer Humanistischen Union

Aufruf zur Gründung einer Humanistischen Union Wolf Euba liest Gerhards Szczesnys Aufruf zur Gründung der HU

Wolf Euba liest Gerhards Szczesnys Aufruf zur Gründung der HU

Sechzehn Jahre nach dem Ende der nazistischen und mitten in der Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Gewaltherrschaft müssen wir die Erfahrung machen, daß auch ein Staat, in dem die Spielregeln der Demokratie Gültigkeit haben, die Vielgestaltigkeit der Einheitlichkeit, die Toleranz der Parteilichkeit und die Wahrhaftigkeit der Bequemlichkeit opfern kann. **Wir sind zu Mitläufern einer Verschwörung geworden, die unsere Entmündung und Gleichschaltung diesmal im Namen der christlichen Heilslehre verlangt.**

Es ist hier nicht die Rede vom Recht des gläubigen Christen, sich um die Verbreitung seines Glaubens zu bemühen. Es ist die Rede von dem immer unverhüllter und anmaßender zu Tage tretenden Versuch, eine Gesellschaft, die nur zu einem Teil aus gläubigen Christen besteht, dem totalen Machtanspruch einer christlichen Sprach-, Denk- und Verhaltensregelung zu unterwerfen. **Die im Grundgesetz der deutschen Bundesrepublik verankerten Rechte der freien Persönlichkeitsentfaltung, der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, der freien Meinungsäußerung, Information und Forschung sind längst durch eine christlich-konfessionalistische Regierungspraxis ausgehöhlt**, wenn nicht außer Kraft gesetzt. Wo es nicht gelingt, die Aufsicht der Kirchen durch die Konfessionalisierung staatlicher und kommunaler Einrichtungen sicherzustellen, spielt man konfessionellen Verbänden oder konfessionell gebundenen Persönlichkeiten die Macht zu.

Die demokratischen Parteien, die die religiös-weltanschauliche und kirchliche Unabhängigkeit unseres Staates zu hüten berufen sind, haben sich entweder ausdrücklich in den Dienst des christlichen Totalitarismus gestellt oder sind Gefangene einer öffentlichen Meinung, die alles verdrängt und unterdrückt, was am "prinzipiell christlichen" Charakter der Bundesrepublik Zweifel aufkommen lassen könnte. Es ist gut und richtig, daß wir den Wert einer religiösen Lebenseinstellung wiederentdeckt haben und bescheidener von den Möglichkeiten einer nur vernunftgemäßen Deutung und Gestaltung der Welt denken. Aber es ist verblendet und schändlich, wenn uns diese Bescheidung dazu verleitet, nunmehr den Ausverkauf aller Errungenschaften in die Wege zu leiten, die die Neuzeit vom Mittelalter trennen. **Die Erlösung des Denkens aus der Vormundschaft der Theologie, die Befreiung des Menschen aus den Fesseln obrigkeitsstaatlicher und klerikaler Bindungen, die Verkündung der Menschenrechte und Menschenpflichten, der Ausbau von Erziehungs-, Bildungs-, und Fürsorgeeinrichtungen, die allen Bürgern offenstehen, die Entfaltung einer freien Wissenschaft, Presse, Literatur und Kunst - dies alles sind nicht Entartungen, sondern Grundbedingungen des Lebens in einer zivilisierten Gesellschaft.** Was unsere Vorstellung von den Absichten faschistischer und bolschewistischer Systeme auch dann noch unterscheidet, wenn diese die Geheime Staatspolizei und die Konzentrationslager abgeschafft haben, ist nicht der Wunsch, uns einem anderen "ganzheitlichen System" einzuordnen, sondern ist die Überzeugung, **daß nur die Freiheit, zwischen sehr verschiedenen Weltdeutungen und Existenzweisen wählen zu können, ein menschenwürdiges Dasein möglich macht.**

Diese offene Gesellschaft aber ist als Gemeinwesen nur lebensfähig, wenn die Pluralität der Prinzipien von der Solidarität der Personen getragen wird. Es muß diesseits des vielfarbigen Spektrums voneinander abweichender Glaubensüberzeugungen ein festgegründetes Fundament von allgemeinverbindlichen Werten

und Einrichtungen geben, die den sozialen und sittlichen Zusammenhalt der Gesellschaft verbürgen. **Zu diesen Werten zählen Tugenden wie Rechtlichkeit und Redlichkeit, Duldsamkeit und Fairneß, Offenheit und Sachlichkeit, Verständigungs- und Hilfsbereitschaft,** und zu diesen Einrichtungen gehören Universitäten und Grundschulen ebenso wie Kinderheime und Krankenhäuser, Bibliotheken und Sportplätze, Fernsehprogramme und Lehrerbildungsanstalten. In der Bundesrepublik beginnt sich diese Basis humanen Miteinanderlebens, Miteinandersprechens und Miteinanderwirkens aufzulösen. **Der Ausschließlichkeitsanspruch der ecclesia militans strebt ganz offen danach, den katholischen Volksteil aus der säkularisierten Gesellschaft herauszubrechen und zu isolieren. Der Konfessionalismus der evangelischen Kirche ist zwar nur ein schwaches Echo des katholischen Integralismus**, aber autoritäre staats- und volkskirchliche Vorstellungen kennzeichnen bis heute die Haltung des deutschen Protestantismus. Die Organe der gesetzgebenden, vollziehenden und richterlichen Gewalt widerstreben nicht etwa der drohenden Pakistanisierung, sondern sind eifrig bemüht, alle Hindernisse zu beseitigen, die der säuberlichen Sonderung von katholischen, evangelischen und "ungläubigen" Deutschen etwa noch im Wege stehen sollten. **Wer es sich einfallen läßt, die im Grundgesetz festgelegte Trennung von Staat und Kirche ernst zu nehmen, und beispielsweise für die bekenntnisfreie Gemeinschaftsschule einzutreten, setzt sich dem Verdacht aus, politisch und moralisch anrüchige Irrlehren zu verbreiten.** Während die Programme der traditionellen deutschen Weltanschauungs-Parteien nach 1945 eine wohltuende Versachlichung erfahren haben, hielten es katholische und evangelische Politiker für angebracht, nunmehr aus dem Christentum eine parteipolitische Doktrin zu machen. Das persönliche Recht des Christen, von seinem Glauben her zu politischen Fragen Stellung zu nehmen, ist unbestritten. Eine Partei jedoch, die das Bekenntnis zum Christentum für den Katalog ihrer gesellschaftlichen Forderungen aufnimmt, verneint damit jene Verfassungsgrundsätze, die die ungeschmälerte Bekundung auch einer nicht-christlichen Auffassung garantieren. Die bloße Existenz "christlicher" Parteien, die als Volks- und Regierungsparteien im Namen aller Bürger der Bundesrepublik zu sprechen und zu handeln vorgeben, erzeugt jenes fatale Klima der Heuchelei und des Obskurantismus, der opportunistischen Willfährigkeit und Oberflächlichkeit, in dem zu leben wir gezwungen sind. **Die Kirchen beklagen zu Recht die Nöte, denen sich der gläubige Christ im marxistisch-leninistischen Weltanschauungen der DDR ausgesetzt sieht; sollte ihnen entgangen sein, daß die Bundesrepublik nur noch wenige demokratische Skrupel zu überwinden hat, um sich als perfekten christlichen Weltanschauungsstaat zu präsentieren?**

Mit Ermahnungen und Protesten ist dieser Lauf der Dinge nicht mehr aufzuhalten. Bernhard Hannsler, geistlicher Direktor beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, hat festgestellt, daß eine Gruppe, die sich nicht zu organisieren versteht, gesellschaftlich nicht vorhanden ist. Er hat recht, und wir sollten ihm den Gefallen, nicht vorhanden zu sein, nicht länger tun. Nur wenn es gelingt, wenigstens einen größeren Teil jener Menschen, die nicht bereit sind, sich neuerdings entmündigen und gleichschalten zu lassen, organisatorisch zu vereinen, könnte der Entwicklung noch Einhalt geboten werden.

Ich mache daher den Vorschlag, eine "Humanistische Union" zu gründen. Diese "Humanistische Union" sollte eine Vereinigung sein, die die Solidarität unseres menschlich bürgerlichen Lebens ebenso entschieden pflegt und fördert wie die Pluralität unseres individuellen Daseins und Glaubens; sie hätte über das Bekenntnis zu einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaftsordnung hinaus weder ein bestimmtes politisches noch ein bestimmtes weltanschauliches Programm zu vertreten. Auch wenn sich ihr Kampf vor allem gegen die Bestrebungen gewisser christlicher Gruppen richten wird, sollte sie in allen Christen, die die Ideologisierung und Politisierung ihres Glaubens für eine unheilvolle Sache halten, ihre Verbündeten sehen. **Es wäre die Aufgabe der "Humanistischen Union", für die Wahrung oder Wiederher¬stellung unserer Grundrechte zu sorgen, die gemeinschaftlichen Werte und Einrichtungen unseres Staates zu verteidigen, für eine freie und weltoffene Erziehung, Bildung und Forschung einzutreten** und alles zu tun, was geeignet ist, die wahre Struktur und Stärke der religiösen, philosophischen, weltanschaulichen, künstlerischen und existentiellen Strömungen in unserer Gesellschaft zum Vorschein und zur Geltung zu bringen.

Einen Verein zu gründen oder ihm beizutreten, ist ein Unternehmen, das Verlegenheit und Unlust bedeutet. Aber es gibt Situationen, in denen der Entschluß, sich nur auf sich selbst zu verlassen, das Zustandekommen gerade jenes Gleichgewichts der gesellschaftlichen Kräfte und Gruppierungen verhindert, das die erstrebte

Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung des einzelnen überhaupt erst möglich macht. Jeder sollte also sehr gewissenhaft prüfen, ob es ihm unter den gegebenen Umständen noch vertretbar erscheint, auf ein gemeinsames in-Erscheinung-Treten und Handeln zu verzichten.

Dieser Vorschlag wird in Form eines offenen Briefes etwa 200 Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unterbreitet und wendet sich im Übrigen an alle, die ihn zu Gesicht bekommen.

München, den 6. Juni 1961
gez. Dr. Gerhard Szczesny

---

https://suedbayern.humanistische-union.de/veranstaltungsberichte/2011/aufruf-zur-gruendung-einer-humanistischen-union-1/
Abgerufen am: 25.04.2024